

Energie / Klimaschutz

09.06.2009

Förderung des Ausbaus regenerativer Energien (CDU-Fraktion) (TOP 5 d)

Beratungsverlauf:

Herr Dr. E. h. Brickwedde begründet den Antrag namens der CDU-Fraktion. Er verweist darauf, dass in anderen Bundesländern bereits größere Photovoltaikanlagen auf nicht mehr nutzbaren Freiflächen bestehen. Dies sei z. B. in den Bundesländern der Fall, in denen früher Kohleabbau betrieben wurde. Hierfür sei eine gewisse Stabilität des Untergrundes erforderlich. Durch die Antragstellung solle eine entsprechende Überprüfung in der Stadt Osnabrück initiiert werden, es werde hierbei an Flächen wie ehemalige Deponien, z. B. die Schnepfersche Tongrube gedacht. Eventuell seien hierbei auch Flächen am Piesberg einzubeziehen.

Herr Henning legt dar, dass die Zielrichtung des Antrages unterstützt werde. Allerdings spricht er sich gegen den Antragswortlaut aus, da potenziell jede landwirtschaftliche Fläche für eine Photovoltaikanlage geeignet sei. Demgegenüber sprechen sich die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Entwicklung eines entsprechenden Kriterienkatalogs aus. Er unterbreitet den folgenden Änderungsantrag namens beider Fraktionen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, Kriterien zu entwickeln, nach denen zukünftig im Flächennutzungsplan und in den daraus zu entwickelnden Bebauungsplänen Flächen für die Ansiedlung von Photovoltaikfreiflächenanlagen ausgewiesen werden. Bei der Erstellung dieses Kriterienkatalogs ist die Landwirtschaftskammer einzubeziehen.“

Er legt dar, dass für die Installierung von Photovoltaikanlagen Flächen in gewerbliche Flächen umgewandelt werden müssten. Es seien Fragen zu klären wie z. B. die der Einbeziehung von Landschaftsschutzgebieten. Ferner sei die Frage interessierter Investoren zu klären.

Abschließend verweist er auf die Arbeitsintensität der Aufgabe und bedauert die im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgenommene Ablehnung einer Stellenaufstockung im Umweltbereich.

Herr Dr. Thiele begrüßt namens der FDP-Fraktion den Antragsinhalt und spricht sich dafür aus, beide Antragsinhalte zusammenzuführen.

Herr Bajus begrüßt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Anstoß, den die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag gegeben habe, und verweist darauf, dass das in Osnabrück initiierte Projekt „Sun-Area“ zwischenzeitlich weltweit Beachtung finde. Bedauerlicherweise seien jedoch kaum entsprechende Projekte umgesetzt. Er sieht hierin sinnvolle Impulse für die regionale Wirtschaft.

Frau Meyer zu Strohen macht deutlich, dass in Osnabrück 160 Altlastenflächen bestehen, die für eine anderweitige Nutzung nicht in Betracht kommen. Im Stadtteil Hellern seien das nach ihrer Kenntnis ca. 50 ha. Hierin seien auch Privatflächen einbezogen. Sie spricht sich auch für die Einbeziehung der GVZ-Flächen wie auch der Überprüfung von Parkplatzflächen und der bisherigen Kasernenflächen aus. Sie spricht sich ebenfalls dafür aus, beide Anträge gemeinsam abzustimmen.

Abweichender Beschluss

a) Ursprungsantrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Potenzial für Photovoltaik-Freiflächenanlagen zu ermitteln. Gleichzeitig soll ein Konzept erstellt werden, wie die Stadt die Errichtung von Freiflächenanlagen in der Stadt Osnabrück unterstützen und ggf. gemeinsam mit weiteren Partnern fördern kann.

b) Änderungsantrag der Fraktion von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Kriterien zu entwickeln, nach denen zukünftig im Flächennutzungsplan und in den daraus zu entwickelnden Bebauungsplänen Flächen für die Ansiedlung von Photovoltaikfreiflächenanlagen ausgewiesen werden. Bei der Erstellung dieses Kriterienkatalogs ist die Landwirtschaftskammer einzubeziehen.

Beratungsergebnis: Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird einstimmig **angenommen**.